Mitarbeiterschutz

So lassen sich Praxisunfälle vermeiden

Nadelstichverletzungen sind die Klassiker, wenn es um Unfälle in der Arztpraxis geht. Doch es gibt noch mehr Gefahrenquellen, gegen die sich Praxischefs wappnen müssen.

Ein rutschiger Boden, falsche Schuhe, Hektik – es sind meist Banalitäten, die im Praxisalltag zu Stolperfallen und bösen Stürzen führen. „Speziell im Gesundheitswesen treten häufig Stichverletzungen durch kontaminierte Nadeln auf“, weiß Christopher Bulle, Projektleiter Qualitätsmanagement bei dem Beratungsunternehmen mediceach. „Das ist mir als Rettungssassistent im Notdienst schon selbst passiert“, erzählt Bulle. „Typisch ist auch, wenn Praxismitarbeiter mit Birkenstock-Schuhen oder Crocs im Winter mal eben über die Straße zur Apotheke laufen oder zum Rauchen gehen.“

Bulle schult Ärzte in Workshops der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen über „Gefährdungsbeurteilung in Arztpraxen“. Aufgrund neuer gesetzlicher Vorschriften wird der Arbeitsschutz für die Praxisorganisation immer wichtiger. Bis Mai 2013 musste zum Beispiel die Biostoffverordnung auf der Basis der EU-Richtlinie 2010/32/EU überarbeitet werden. Die Richtlinie sieht Regelungen vor, um Verletzungen durch scharfe oder spitze Instrumente im Gesundheitssektor zu vermeiden.

Auch die geplanten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes, mit denen anerkannte Empfehlungen zur Hygiene für Ärzte verbindlich werden sollen, setzen die Praxen unter Zugzwang.

Sicherheitsbeauftragter teils Pflicht

Grundsätzlich ist die Zuständigkeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Praxismitarbeiter Chefsache. Wie die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) bestätigt, ist jeder Arbeitgeber für den Arbeitsschutz jener Mitarbeiter verantwortlich, mit denen er einen Arbeitsvertrag abgeschlossen hat. Beschäftigte In-

haber einer Praxisgemeinschaft Personal gemeinsam über eine Gesellschaft, kann einer der Gesellschafter als Verantwortlicher für den Arbeitsschutz benannt werden. Praxen mit mehr als 20 Mitarbeitern müssen einen Sicherheitsbeauftragten benennen, der dafür sorgt, den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbessern.

Bevor ein Plan mit konkreten Maßnahmen zum Arbeitsschutz erstellt wird, sollten zunächst in einer Art Brainstorming gemeinsam mit den Mitarbeitern alle möglichen Gefahrenmomente erfasst werden, denn sie wissen am besten, welche Gefährdungen und Belastungen an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen auftreten können. „Nicht zu vergessen sind mögliche psychische Belastungen, etwa ein getrübtetes Arbeitsklima oder schwierige Patienten“, so Bulle.

Maßnahmenkontrolle notwendig

Für Ärzte ist es nicht leicht, einzelne Gefahren richtig einzuschätzen. Zwar finden sich für einige Gefährdungen und Belastungen Sicherheitsnormen und Grenzwerte in Gesetzen, Unfallverhütungsvorschriften und Technischen Regeln. Viele Gefahren lassen sich jedoch nicht in Normen fassen.

Die BGW rät, auch einmal etwas mehr als das gesetzlich Notwendige zu tun. Die Technische Regel schreibt bei Latexallergie etwa einen Proteingehalt von weniger als 30 Mikrogramm pro Gramm Handschuh vor – normalerweise unproblematisch, doch für Mitarbeiter mit entzündeter Haut riskant.

Die Gefährdungsbeurteilung erstreckt sich auf bestimmte Räumlichkeiten, wie Labor, einzelne Abläufe, wie den Reinigungsdienst, und auf bestimmte Personengruppen, etwa Jugendliche, Behinderte, Schwangere oder Allergiker. Alle

ermittelten Gefahrenquellen sowie die daraus abgeleiteten und umgesetzten Maßnahmen müssen laut Arbeitsschutzgesetz schriftlich dokumentiert werden. Dazu gehört auch, nach einem halben Jahr zu kontrollieren, wie effektiv die einzelnen Maßnahmen waren. In Praxen mit weniger als zehn Mitarbeitern genügt übrigens eine vereinfachte Dokumentation. Grundlage sind hier die Vorschriften der Berufsgenossenschaften (BGV Anlage 1 und 3).

Strafen sind selten

Eine schriftliche Dokumentation hilft auch bei Prüfungen durch die Gesundheitsbehörden. Die Gewerbeaufsicht erscheint meist unangemeldet und kontrolliert zum Beispiel, ob in den Praxen sichere Injektionssysteme verwendet werden. Die Gesundheitsämter prüfen, wie streng geltende Hygienevorschriften eingehalten werden. „Wer dann eine aktuelle Gefährdungsbeurteilung aus dem Rechner zaubern kann, hinterlegt mit Unterweisungsnachweisen, Medizinprodukte-Unterlagen und einem Hygieneplan, ist schon mal auf der sicheren Seite“, betont Bulle. „Gesundheitsämter fragen auch nach der Biostoffverordnung, die separat aufgelistet werden muss.“

Verstöße gegen Arbeitsschutz- oder Hygienevorschriften können durchaus Folgen haben. Zwar sind Bulle zufolge Strafen selten, doch „im Schadensfall werden die Berufsgenossenschaft und im schlimmsten Fall auch die Staatsanwaltschaft genau hinschauen, ob alle Bestimmungen befolgt wurden. Die Berufsgenossenschaft verlangt öfter Regresszahlungen.“

Stefan Holler